

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Schmidt
Verlagsnummer: 22421
Für die Redaktion: Nr. 22421
Schiffbaustraße 1, Dresden
Telefon: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Verlag: Rudolf Schmidt & Co. KG
Verlagsnummer: 22421
Für die Redaktion: Nr. 22421
Schiffbaustraße 1, Dresden
Telefon: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Verlag: Rudolf Schmidt & Co. KG
Verlagsnummer: 22421
Für die Redaktion: Nr. 22421
Schiffbaustraße 1, Dresden
Telefon: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Das Ziel: Nationale Konzentration

Wille und Weg des Reichskabinetts

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Nov. Das Reichskabinett beriet heute über die innerpolitische Lage. Es fand eine ausführliche Besprechung statt, in der eine völlige Einmütigkeit über den Weg, der innerpolitisch nunmehr beschritten werden soll, erzielt wurde. Dieser Weg wird darin bestehen, daß man alles daransetzt, um

die nationale Konzentration

herbeizuführen, von der der Kanzler in seinen verschiedenen Reden bereits gesprochen hat. Reichskanzler von Papen wird sich am Donnerstag zum Reichspräsidenten von Hindenburg begeben und ihm in einzelnen die Vorschläge über die geplante Herbeiführung der nationalen Konzentration unterbreiten.

Die Entscheidung über den einschlagenden Weg liegt beim Reichspräsidenten.

Soweit wir unterrichtet sind, dürfte dieser den Reichskanzler morgen beauftragen, mit den Führern aller in Frage kommenden Parteien in Besprechungen einzutreten. Es handelt sich dabei, wie unterstrichen wird, nicht so sehr um offizielle Verhandlungen, sondern darum, daß der Reichskanzler sich zunächst über die Auffassung der verschiedenen politischen Parteien zu unterrichten wünscht. Der Reichskanzler wird gleichzeitig die Parteiführer über die Auffassungen des Reichspräsidenten und des gesamten Reichskabinetts ins Bild setzen. Es wird an ausländiger Stelle unterstrichen, daß diese in Aussicht genommenen Besprechungen

seitens der Reichsregierung sehr ernst gemeint sind,

und daß es sich nicht nur um eine Geste handle, die nur als ein innerpolitisches Manöver zu werten wäre. Die Aussprachen sollen in möglichster Vollständigkeit und Ausführlichkeit vor sich gehen. Zunächst wird man den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, zu sich bitten, sodann den Führer der Zentrumspartei, im Anschluß daran den Führer der Deutschnationalen und der Sozialdemokratischen Partei sollen empfangen werden. An den Splitterparteien wird der Reichskanzler nicht vorübergehen, sondern sie gleichfalls in die Besprechungen einbeziehen. Es wird jedoch erklärt, daß es sich bei diesen Verhandlungen nun nicht etwa um einen Rückfall in die überlebten Methoden der Koalitionsarbeit handelt, sondern

Das Prinzip der autoritären, vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragenen Reichsregierung soll aufrechterhalten werden.

um so mehr, als ja auch der neu gewählte Reichstag nach den üblichen parlamentarischen Methoden keine Mehrheitsbildung erkennen läßt. Auf den Hinweis, daß doch der Führer der NSDAP, in öffentlichen Erklärungen davon Kenntnis gegeben habe, daß Reichskanzler von Papen für ihn seinen Verhandlungspartner mehr darstellen könne, wird erklärt, daß es nicht in der Macht der Reichsregierung liege, an einer solchen absehnenden Haltung etwas zu ändern. Man würde sich jedoch nicht damit abfinden können, daß etwa ein Vertreter des nationalsozialistischen Führers beim Reichskanzler erlauchte, denn man müßte Wert darauf legen, daß nur Herren kommen, die mit allen politischen Weltmächten ausgestattet seien. Im übrigen ist aus der Methode, die seitens des Reichskanzlers eingeschlagen werden soll, deutlich zu erkennen,

daß Herr von Papen nach wie vor das volle Vertrauen des Reichspräsidenten genießt.

Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sich auch Reichspräsident von Hindenburg selbst im Verlaufe der Besprechungen einhalten und notfalls in Gegenwart des Reichskanzlers den Besprechungen durch persönliche Eingreifen das nötige Gewicht verleihen. Welches politische Ziel die Reichsregierung im einzelnen bei diesen Besprechungen hat, ist noch nicht zu übersehen. Der Hinweis jedoch, daß es sich keineswegs um einen Rückfall in überlebte parlamentarische Methoden handeln könne, scheint geeignet, die Situation weitgehend zu klären. Auf die üblichen Mehrheitsbildungen im Reichstag legt man offensichtlich im Reichskabinett und auch beim Reichspräsidenten schon im Hinblick auf ihre Ausfallslosigkeit keinen besonderen Wert. Es dürfte der Reichsregierung genügen,

wenn sich auf der Basis eines sachlichen Programms gewisse ausschlaggebende Teile der politischen Parteien zu einer die Reichsregierung unterstützenden Zusammenarbeit bereit finden.

An sich wäre ja eine Mehrheitsbildung möglich, wenn Nationalsozialisten, Deutschnationale und die Parteien des Zentrums und der Bauernlichen Volkspartei sich zu einem Zusammenwirken verständigen. Dazu würde es notwendig sein, daß NSDAP und Zentrum den bisherigen grundsätzlichen Kampf gegen das Kabinett von Papen einstellen und sich weitgehend von den Wahlkampfstimulungen lösen. Zu den Gegnern, daß der Reichskanzler oder andere Mitglieder der Reichsregierung zum Rücktritt entschlossen seien, Gerüchte, die ihre Quelle in Papens Äußerungen, daß die innerpolitische Entwicklung nicht an Personentransaktionen scheitern dürfe, haben, wird an ausländiger Stelle erklärt, daß der Kanzler entschlossen sei, seine Aufgabe durchzuführen.

Weber das Kabinett als Ganzes, noch einzelne Minister würden zurücktreten.

Ein Rücktritt würde sogar geradezu pflichtwidrig sein, solange nicht ein Nachfolger vorhanden sei und ein Programm vorliege, das Aussicht auf Durchführbarkeit hätte. Der Reichspräsident will offenbar keinesfalls das Risiko einer neuen Kabinettskrise auf sich nehmen. Der Reichskanzler würde, wenn überhaupt, nur dann sein Amt niederlegen, wenn zur gleichen Stunde ein neuer Reichskanzler mit einem gut fundierten Programm bereitstünde, das vor allem auch den Ansichten des Reichspräsidenten über eine autoritäre Staatsführung entspräche. Nach diesen Erklärungen dürften wohl die Krisen- und Rücktrittsgerüchte verhallen müssen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Besprechungen mit den Führern der Parteien noch in den letzten Tagen dieser Woche beginnen werden. Sie werden allerdings eine Unterbrechung durch die Reisen erfahren, die der Reichskanzler vom kommenden Montag ab, in Dresden beginnend, nach verschiedenen deutschen Landeshauptstädten unternimmt wird. Am Dienstag wird der Kanzler wieder in Berlin sein und wahrscheinlich den Besuch zu weiteren innerpolitischen Besprechungen benutzen. Am Donnerstag heißt er sich nach Suhl auf, von da aus nach Karlsruhe. Am Sonnabend wird von Papen in Mannheim die neue Rheinbrücke einweihen und am gleichen Tage noch einen Staatsbesuch in Darmstadt machen.

Das Problem der Reichs- und Verfassungsreform

Sicherlich wird bei diesen Staatsbesuchen das Problem der Reichs- und Verfassungsreform eine erhebliche Rolle spielen, da man sich allerseits darüber im klaren ist, daß mit den jetzigen Verfassungsmethoden eine Vereinfachung der innerpolitischen Verhältnisse nicht zu erzielen ist. Bekanntlich beabsichtigt der Kanzler, dem Reichstag bei seinem Zusammentritt Anfang Dezember einen Gesetzentwurf über die Reichs- und Verfassungsreform vorzulegen. In den zuständigen Ressorts wird mit Hochdruck an der Fertigstellung der entsprechenden Entwürfe gearbeitet. Auch die steigende Not der Weimarer Republik hat das Problem der Verfassungs- und Verwaltungsreform erneut in den Vordergrund geschoben. Der Reichskanzler empfing am Mittwoch den Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Müller, gemeinsam mit dem Berliner, Münchner und Leipziger Oberbürgermeister zu einer ausführlichen Aussprache.

Nach seiner Rückkehr aus Darmstadt, also Anfang übernächster Woche, wird sich dann das Bild der innerpolitischen Lage vollends klären. Da, wie aus politischen Kreisen verlautet, auch der Preussische Landtag seine nächste Plenarsitzung zurückgestellt hat, ist von dieser Seite zunächst eine Störung nicht zu erwarten. Der Preussische Landtag wird wahrscheinlich erst dann tagen, wenn die Weimarer Republik eine Störung nicht zu erwarten. Der Preussische Landtag wird wahrscheinlich erst dann tagen, wenn die Weimarer Republik eine Störung nicht zu erwarten. Der Preussische Landtag wird wahrscheinlich erst dann tagen, wenn die Weimarer Republik eine Störung nicht zu erwarten.

sich eine führende politische Persönlichkeit für den Vorschlag des preussischen Ministerpräsidenten kaum zur Wahl stellt, wenn nicht vorher Klarheit darüber geschaffen ist, daß der Reichspräsident den Reichskommis für Preußen abberufen will. Die Rolle, die der frühere Reichskommis Dr. Braun heute im Schmelzwinkel spielt, dürfte für andere Politiker kaum erstrebenswert sein. Auf der anderen Seite kann es als sicher gelten, daß der Reichskommis nur dann abberufen wird, wenn die Gewähr dafür vorhanden ist, daß der Dualismus zwischen Preußen und Reich seine Auferhebung erlebt.

Die Lage der Reichsregierung wird auch deshalb als besorglich angesehen, weil

die Ernährungsministerkrise endgültig bereinigt

zu sein scheint. Wie gemeldet, ist die ursprünglich geplante, von der Landwirtschaft geforderte Kontingentierungspolitik im Kabinett nicht durchzusetzen gewesen. Nicht nur der Wirtschaftsminister hat aus exportpolitischen Gründen lebhaftes Bedenken geltend gemacht, sondern auch der Reichsaussenminister hat mit Nachdruck darauf verwiesen, daß die Kontingentierungspolitik geeignet sein würde, gerade solche Staaten ernsthaft zu verstimmen, auf deren Unterstützung bei der Durchsetzung der Weltberuhigung wir hoffen. Auch der Reichspräsident soll, wie man hört, sehr dafür einsetzten sein, daß eine andere Methode, die die Gefahren einer reinen Kontingentierung in wirtschafts- und außenpolitischer Hinsicht mildern könnte, eingeschlagen wird.

(Berichterstattung Seite 2)

Nationale Einigung

Das Wort von der nationalen Einigung, oder wie es im Amtsdeutsch lautet, von der „nationalen Konzentration“ ist heute große Mode. In der ganzen rechtsbürgerlichen Presse gibt es nur noch zwei Blätter, die nicht mit in den allgemeinen Ruf einstimmen, die ausländische Gedankenstränge vertretende „Deutsche Zeitung“ und als Stahlhelmorgan die „Kreuzzeitung“, welche beide der Präbitalregierung den Rat geben, ohne Rücksicht auf das Wahlergebnis und auf den neuen Reichstag die autoritäre Staatsführung durchzuführen. Alle anderen treten zwar für die Befestigung der neuen Staatsführung, aber auch für ihre Befestigung durch eine härtere Verbindung mit dem Volkswillen ein. Lieber das Wie gehen allerdings in den verschiedenen Lagern der nationalen Front die Ansichten noch auseinander. Darum ist es notwendig, abseits von allen Eigenwünschen und Sonderinteressen, die vorhandenen Möglichkeiten zu klären.

Zunächst hat sich das Interesse dem Reichskanzler von Papen zugewendet mit der Frage, was er zu tun gedenkt. Unter dem ersten Eindruck des Wahlausfalls hatte die Regierung gewissermaßen den Parteilisten die Initiative zugeschoben. Sie müßten sehen, wie sie sich dem unveränderlichen Regierungskurs anpassen, sonst — und es sollte schon die erste Drohung mit einer neuen Reichstagsauflösung. Dieser Standpunkt mußte aber schnell revidiert werden, denn in seiner Rebe vor der ausländischen Presse hat der Kanzler bereits die Parole der nationalen Konzentration aufgegeben und ihr eine Auslegung gegeben, wie er sie versteht. Danach will er die Parteiführer befragen, ob sie zu einer lokalen Mitarbeit an seiner Regierung bereit sind und ihren Wünschen nachherweise durch eine personelle Vertretung seines Kabinetts entgegenkommen. Im gleichen Augenblick, in dem dieses Angebot gemacht wurde, stand aber schon fest, daß dieser Weg nicht zum Ziel führen kann; denn die Ablehnung der beiden ausschlaggebenden Parteien liegt bereits vor. Die der Nationalsozialisten durch die Aufrufe Hitlers, die von allem propagandistischen Selbstverleugern, ihrem politischen Sinn nach sagen: Verhandlungen über die nationale Einigung gibt es erst nach Papens Sturz. Ebenso steht es mit diesen Letztern über der Zentrumspartei: „Nicht mit dieser Regierung!“ Und aus allen Zentrumsredern tönt der gleiche Refrain: Autoritäre Regierung mit Duldung einer parlamentarischen Mehrheit, aber nicht für den Reichskanzler v. Papen. Wegen seiner Person hat sich, wie man sieht, in den Parteien ein Berg von Eiskugeln aufgestaut, der für diese Art der nationalen Einigung unüberwindlich ist. Dann, heißt es in den offiziellen Kommentaren, sei eben nichts zu machen, und es bleibe immer noch das Vertrauen des Reichspräsidenten, der die Pflicht habe, das Kabinett Papen weiter zu führen. Hier geht der Regierungsoptimismus offenbar wieder zu weit; denn wie wenig sich der Reichspräsident einem Kanzler gegenüber persönlich verpflichtet fühlt, wenn seine Person mit oder ohne eigene Schuld zum Hindernis für die nationale Einigung geworden ist, das hat der Sturz Brüning gezeigt. Papens Stärke liegt vorläufig darin, daß Hindenburg ihn nur dann erlösen kann, wenn sich ein geeigneter Mann mit besseren Aussichten für die nationale Zusammenfassung bietet.

Nach alledem ist jetzt schon klar, daß Verhandlungen des jetzigen Reichskanzlers mit den Parteien nur ein Umweg sind, der notwendig zum Reichspräsidenten als zur entscheidenden Instanz führen muß. Nicht: „Was wird Papen tun?“, sondern: „Was wird Hindenburg tun?“ lautet die Frage richtig gestellt. Sie ist leichter nach der negativen Seite als nach der positiven zu beantworten. Hindenburg wird wahrscheinlich nicht in die Beschlagenheiten des demokratischen Regimes zurückfallen und den Führer der größten Partei mit der Regierungsbildung beauftragen. Die Aussichten deuten darauf hin, daß er die anderen Möglichkeiten einer wirklichen nationalen Konzentration durch Einflußnahme auf die Parteiführer erproben wird. Die Entscheidung dreht sich dabei wieder um die Frage der Führung. Der Anspruch darauf wird von den Nationalsozialisten unvermindert aufrechterhalten auf Grund des Wahlergebnisses, das der Bewegung trotz einiger Verluste das zahlenmäßige Übergewicht im nationalen Lager gibt. Es fragt sich dann, ob sich der Reichspräsident imstande sieht, von seiner bisherigen Ablehnung der nationalsozialistischen Führerschaft abzuweichen, weil in der Zwischenzeit eine ge-

Heute:

Literarische Umschau

Seite 9 und 10